

### Dringliche Anfrage

Hannover, den 12.12.2022

Fraktion der CDU

#### **Auswirkungen der geplanten Legalisierung von Cannabis auf die Gesundheit der Bevölkerung**

Der legale Konsum von Cannabis ist in Deutschland bisher nur zu medizinischen Zwecken möglich. Der Freizeitkonsum ist strafbar. Die Ampelkoalition in Berlin hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, den Konsum von Cannabis zu legalisieren. Im Koalitionsvertrag für Niedersachsen wird zu diesem Vorhaben Unterstützung signalisiert.

Die negativen gesundheitlichen Folgen des Konsums von Cannabis sind mehrfach nachgewiesen. Allein im Jahr 2016 wurden insgesamt 17 495 Behandlungsfälle aufgrund psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen durch Cannabinoide im Krankenhaus erfasst. Statistiken über Behandlungen in Krankenhäusern aufgrund drogenbedingter Erkrankungen belegen, dass die Fallzahlen aufgrund psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen durch Cannabinoide kontinuierlich steigen. Laut einer im Jahr 2022 veröffentlichten Studie hat sich zwischen den Jahren 2000 und 2018 die Anzahl der Fälle, die wegen einer Cannabinoid-induzierten psychischen Störung im Krankenhaus behandelt werden mussten, nahezu verfünffacht<sup>1</sup>.

Die Studie „Cannabis - Potenzial und Risiko“ aus dem Jahr 2018 kommt u. a. zu dem Schluss, dass der Konsum von Cannabis ein Risikofaktor für psychische Erkrankungen sei - insbesondere für Psychosen sowie für manisch-depressive Symptome. Auch erhöhe Cannabis das Risiko für Angststörungen und Depressionen<sup>2</sup>.

Dies vorausgeschickt, fragen wir die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die in den Studien zutage geförderten Ergebnisse, dass der Konsum von Cannabis das Gesundheitssystem zunehmend belastet und vor allem psychische Erkrankungen eine typische Folge sind?
2. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche nach der Legalisierung nicht verstärkt Cannabis konsumieren und damit das Risiko für psychische Erkrankungen und Depressionen nicht nur bei Erwachsenen zunimmt?
3. Welche zusätzlichen Präventionsmaßnahmen plant die Landesregierung, um die Bevölkerung nach der Freigabe von Cannabis umfassend über die negativen gesundheitlichen Folgen des Konsums von Cannabis aufzuklären?

Carina Hermann  
Parlamentarische Geschäftsführerin

---

<sup>1</sup> Gahr, Maximilian (u. a.), Incidence of inpatient cases with mental disorders due to use of cannabinoids in Germany: a nationwide evaluation, in: European Journal of Public Health, Volume 32, Issue 2, April 2022, S. 239–245, abrufbar unter <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC8975525/>.

<sup>2</sup> Ergebnisse der CaPRis-Studie Cannabis: Potential und Risiken. Eine wissenschaftliche Analyse, Institut für Entwicklungspsychologie und Biologische Psychologie, Universität Heidelberg, Stand: Januar 2018, abrufbar unter [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5\\_Publikationen/Drogen\\_und\\_Sucht/Berichte/Broschuere/BMG\\_CaPris\\_A5\\_Info\\_web.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Drogen_und_Sucht/Berichte/Broschuere/BMG_CaPris_A5_Info_web.pdf)

(Verteilt am 12.12.2022)